

perspektiven des demokratischen sozialismus
Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse
und Reformpolitik
42. Jahrgang 2025 Heft 1
ISBN 978-3-7410-0296-0 (Print)
ISBN 978-3-7410-0300-4 (eBook)
ISSN 0939-3013

Herausgegeben im Auftrag der Hochschulinitiative
Demokratischer Sozialismus (HDS) e.V. von Hermann
Adam, Nils Diederich, Helga Grebing (†), Leo Kißler, Ri-
chard Saage und Karl Theodor Schuon

Redaktionsbeirat: Bernhard Claußen, Martin Gorholt,
Horst Heimann, Arne Heise, Ulrich Heyder, Klaus Kost,
Jens Kreibaum, Christian Krell, Hendrik Küpper, Kira
Ludwig, Ralf Ludwig, Thomas Meyer, Andreas
M. Müggenburg, Simon Obenhuber, Roland Popp,
Sibylle Reinhardt, Lars Rensmann, Moritz Rudolph,
Klaus-Jürgen Scherer, Wolfgang Schroeder, Carsten
Schwäbe, Joachim Spangenberg, Stefan Stader,
Gert Weisskirchen
Redaktion dieser Ausgabe: Lina-Marie Eilers,
Hendrik Küpper, Laura Clarissa Loew, Kira Ludwig, Carl
Julius Reim, Klaus-Jürgen Scherer, Lukas Thum
Gestaltung: Erik Schüßler

Geschäftsstelle der Hochschulinitiative
Demokratischer Sozialismus
WBH, Wilhelmstr. 141
10963 Berlin
Verantw. Klaus-Jürgen Scherer:
kjs@hochschulinitiative-ds.de

Weitere Informationen unter:
www.hochschulinitiative-ds.de

Verlag und Abo-Vertrieb:
Schüren Verlag GmbH,
Universitätsstr. 55 | D-35037 Marburg
Informationen zu *perspektivends* und zum Verlags-
programm des Schüren Verlags finden Sie im Internet:
www.schueren-verlag.de
info@schueren-verlag.de
Die *perspektivends* erscheinen zweimal im Jahr.
Einzelpreis €16,90, Jahresabo €30,00 incl. Versand.
Der Bezugspreis für HDS-Mitglieder ist im Mitglieds-
beitrag enthalten.
© Schüren Verlag GmbH
Alle Rechte vorbehalten.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht un-
bedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unver-
langt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung
übernommen.
Anzeigenverwaltung: Schüren Verlag
Druck: Bookpress, Olsztyn
Printed in Poland

*Der demokratische Sozialismus bleibt für uns die
Vision einer freien, gerechten und solidarischen
Gesellschaft, deren Verwirklichung für uns eine dau-
ernde Aufgabe ist. Das Prinzip unseres Handelns ist
die soziale Demokratie.*
– Hamburger Grundsatzprogramm der SPD

Linkssein in Zeiten rechter Dominanz

perspektivends
1/25

SCHÜREN

INHALT

EDITORIAL

AKTUELL

Klaus-Jürgen Scherer
Vier Mutmaßungen zur aktuellen
Orientierungslosigkeit

SCHWERPUNKT LINKSSEIN IN ZEITEN RECHTER DOMINANZ

Gero Neugebauer
Wie kann es wieder aufwärts gehen
mit der sozialen Demokratie?

Roland Klapprodt
Ist da noch Hoffnung?
Zur Lage der SPD

Gregor Fitzl
Faschismus heute und der kommende
Antifaschismus

Hermann Adam
Ökonomischer Strukturwandel
Herausforderung für Politik und
Gesellschaft

Arno Brandt
Progressive Wirtschaftspolitik im
21. Jahrhundert

Leona Krause
Über die Notwendigkeit
antifaschistischer Wirtschaftspolitik

Peter Brandt
Der Untergang der Weimarer Republik
und die Sozialdemokratie

Was bleibt? Horst Heimann und Tilman Fichter

Detlef Lehnert
Horst Heimann und die «Texte zum
Revisionismus»

Martin Gorholt / Malte Ristau
Die SPD braucht Theorie
4 Das Thema von Horst Heimann

Klaus-Jürgen Scherer
Sozialdemokratische Erinnerungen an
Tilman Fichter

Martin Gorholt, Malte Ristau
Tilman Fichter und die nationale Frage

GESCHICHTSPERSPEKTIVEN

Peter Steinbach
Lassalles Verfassungsvorstellungen –
aktuell wie vor mehr als 160 Jahren

Dieter Düding
Erinnerung an Greta Wehner

Pierre Harder
Monopolwirtschaft im
Nationalsozialismus
Neumanns relevante Analyse

BEITRÄGE UND DISKUSSION

Benno Haunhorst
Das Christliche und die CDU

Konrad Lindner
Ein Ferment der Philosophie
Ernst Bloch schätzte Schelling

Hagen Weiler
Auf den Punkt gebracht: Fiasco Trump
Kehrseite des Kapitalismus

HOCHSCHULPERSPEKTIVEN

Ralf Ludwig, Kira Ludwig
**Angriff auf Bildung, Wissenschaft und
 Forschung in den USA**

Daryoush Danaï
**Ein Appell an die Hochschuldemokratie:
 Wider den autoritären Kräften!**

JUNGE PERSPEKTIVEN

Lina-Marie Eilers, Hendrik Küpper, Laura
 Clarissa Loew, Carl Julius Reim, Lukas Thum
Editorial

Huw Davies
**Arendt über Autorität, Totalitarismus
 und Einsamkeit**

Jan Niklas Reiche
**Wie das Leistungsprinzip Neoliberalis-
 mus und Neue Rechte verbindet**

Clara Schüssler
**Von einer kapitalistischen Demokratie
 zum Autoritarismus?**

Johanna Marie Schulte
Alles auf Rot!

Marian Bartz
**Wehrhafte Demokratie im Spannungsfeld
 von Freiheit und Schutz**

Leon Lohrmann, Carl Christoph Möller
**Warum die Kriminalpolitik für
 autoritäre Kräfte attraktiv ist
 Feminismus ohne Selektivitäten – Im
 Gespräch mit *Feminism Unlimited***

Heleen Matton
**«Repeal the 19th?»
 Antigenderismus und Autoritarismus**

Leon Karas
**Rote Regression
 Zur Renaissance der K-Gruppen**

Alexander Neuber
**Wie eine rechte Zeitschrift Ökologie
 und Autoritarismus verbindet**

Lisa Heidenreich
**Der Souverän im Schatten
 Analyse der Situation in den USA**

Moritz Stockmar
Autoritarismus und MAGA-Populismus

REZENSIONEN UND BERICHTE

Hendrik Küpper
**Hermann Adam: *Finanzpolitik. Eine
 Einführung***

Lukas Thum
Alberto Toscano: *Spätfaschismus*

Armin Pfahl-Traughber
Schmeitzner / Scholle: *Hermann Heller*

Wolfgang Kowalsky
**Jürgen Habermas: *Gespräche mit
 Stefan Müller-Doohm und Roman Yos***

Hagen Weiler
Jens Beckert: *Verkaufte Zukunft*

Gert Weißkirchen
**Benedikt Dyrlich: *Nachklänge –
 Dozynki***

Armin Pfahl-Traughber
**Wiedergelesen: «*Demokratischer
 Sozialismus*» – *Ideologie des
 Sozialreformismus***

Dokumentation
Wahlaufruf für die SPD

Klaus Wettig
**Miszellen zu Heft 2/24 der
*perspektivends***

Autorinnen und Autoren

EDITORIAL

Die gute Nachricht zuerst: Nicht nur hat die katholische Welt wieder einen neuen Papst (der gleich zu Beginn «Machtgier und Kapitalismus» geißelte), auch hat Deutschland wieder eine Bundesregierung. Wenn auch erstmals einen Kanzler, der im Bundestag einen zweiten Wahlgang brauchte. Die SPD regiert wieder mit und hat zudem einen Koalitionsvertrag ausgehandelt, der über weite Strecken eine sozialdemokratische Handschrift trägt. Damit konnte die AfD von der Macht ferngehalten werden.

Doch ob diese schwarz-rote Konstellation dazu führt, dass die Union die «Brandmauer» zur AfD zukünftig weniger infrage stellt, muss sich erst noch erweisen. Man hört, entstanden sei weniger eine GroKo, mehr eine NotKo (Notkoalition), die die demokratische Mitte in Deutschland und die Resilienz Europas retten muss, zum Erfolg verdammt ist und mit klarem Auftrag versehen, die Regierungsparteien auch innerlich zu stärken und gut aufzustellen.

Zur Euphorie jedenfalls besteht, bei allem Generationswechsel in der SPD, kein Anlass: Zwar zeugten die 84,6 % Zustimmung des digitalen Mitgliedervotums von demokratischer Verantwortung der SPD-Mitglieder. Doch die Beteiligung von nur 56 % in dieser zentralen Frage der Regierungsbildung verweist (auch wenn die ausschließliche Stimmabgabe übers Internet manch Älteren abgeschreckt haben mag) auf eine abwartende Skepsis bei vielen Genossinnen und Genos-

sen. Reibungsloses Regieren, das die Probleme dieses Landes löst und in dem die SPD eigene Akzente setzt, halten viele mit der Merz-CDU und Söder-CSU für eine ziemlich ambitionierte Aufgabe, zudem neue SPD-MinisterInnen erst noch beweisen müssen, wie viel Durchsetzungskraft sie besitzen.

Dabei ist die neue Bundesregierung erst durch die 180-Grad-Wende der Union in der Frage der Schuldenbremse möglich geworden; hätte diese und die FDP nicht vorher alles blockiert, hätte die Ampel möglicherweise weitermachen können: Jetzt gibt es 500 Mrd. für Infrastruktur, einschließlich der von den Grünen hineinverhandelten 100 Mrd. für den Klima- und Transformationsfonds, und weitere 500–1000 Mrd. für Ausrüstung und Verteidigung. Frei nach dem Motto: «whatever it takes».

Klar sollte sein, die SPD darf sich nicht zur Steigbügelhalterin weiterer Rechtswende machen, die bei manchem Unions-Gerede über einen «Politikwechsel» gemeint ist. Die SPD muss sich zudem inhaltlich erneuern, nicht dadurch, noch mehr sogenannten «historischen Ballast» abzuwerfen, sondern dadurch, offensiver als bisher ihre gesellschaftspolitische Ausrichtung zuzuspitzen und ihre eigene Erzählung in die öffentliche Debatte einzubringen.

Denn wir sollten nicht vergessen: Die Bundestagswahl am 23. Februar 2025 war ein Erdbeben Richtung rechter Dominanz. Die im Wahlkampf rechtskonservativ und neo-

liberal gewendete Union wurde mit 28,5 % klarer Gewinner der Bundestagswahl. Zudem konnte die AfD ihren Stimmenanteil auf 20,8% verdoppeln, in den fünf ostdeutschen Flächenländern wurde sie mit durchschnittlich 36,2% stärkste Partei, gewann 47 von 50 Wahlkreisen. Die SPD stürzte ab (-9,3%) auf 16,4% und erzielte ihr schlechtestes Ergebnis seit 1887. Denn bereits 1890, erstmals unter dem neuen Namen SPD, war sie nach dem Ende der diskriminierenden Sozialistengesetze auf 19,7% gekommen. Ein schwacher Trost ist, dass der Erdbeben richtung rechter Dominanz dieses Jahr nicht grenzenlos war, immerhin haben vier Fünftel der Deutschen nicht AfD gewählt.

Hinzu kommt, wie Die Zeit schrieb, dass international aus der Zeitenwende ein «Zeitwahn» geworden ist. Weil Putin seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine nun im dritten Jahr fortsetzt, aber auch weil ein erratischer Präsident der USA die Sicherheitsgarantien für Europa und die internationale Handelsordnung infrage stellt, zeitweilig russische und rechtsextreme Propaganda übernimmt, überhaupt mal eben so die Seiten wechselt, auch hin zu autokratischen Staaten, und sein Amt schamlos zu privaten Geschäften ausnutzt. Das Zusammenrücken zur schwarz-roten Koalition schien deshalb für viele alternativlos, besonders wegen dieser neuen weltpolitischen Lage, in der die Trump-Administration sogar die AfD unterstützt.

Doch nur noch Mehrheitsbeschafferin und Funktionspartei zu sein, das wäre eine Selbstaufgabe der SPD, auch wenn die Kehrtwende der Union und der Entfeindungszwang – das Progressive Zentrum sprach sogar vom «Historischen Kompromiss» – Regierungsgrundlage sind. Linkssein muss über die Verteidigung und Reparatur dieses Landes hinausgehen, die SPD

muss wieder an ihren Grundwerten anknüpfen und Vorstellungen von einer besseren und gerechteren Zukunftsgesellschaft entwickeln. Notwendig ist die breite Debatte um eine neue reformpolitische Agenda «über den Tag hinaus», um die Sehnsucht nach Systemveränderung nicht dem neoliberalen und äußerst rechten Zeitgeist zu überlassen.

Mit welchen Konzepten kann die SPD als Partei der linken Mitte wieder Orientierung geben und mehr Vertrauen gewinnen? Das dürfte eine zentrale Frage für die nächsten Jahre sein, will die SPD aus der Defensive herauskommen und nicht in einer Zwickmühle zwischen rechts und links zerrieben werden: Die in Arbeiter- und traditionellen Mittelstandsmilieus starke AfD meint mit «Politikwechsel» ihre einfachen völkischen und rassistischen Scheinlösungen – und sieht diese durch die SPD blockiert. Die Opposition der linken Mitte, die Grünen und die Linkspartei, werden behaupten, die SPD stehe für ökologische Halbheiten und Sozialstaatsabbau und zeige mangelnden Umverteilungswillen, auch wenn sie Schlimmeres verhindert.

Gegen das weitere Niedergangsszenario war der Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 3. März 2025 ein Auftakt. Nach den Jahren, sich auf die Moderation der Ampel zu beschränken, ist die dort angeregte Kommission ein Signal des Aufbruchs. Denn es steht an, «programmatische Grundsatzfragen in einem offenen, demokratischen und inklusiven Prozess mit Mitgliedern, Bürger:innen, Wissenschaftler:innen und Expert:innen (zu) erarbeiten und klären» – übrigens ging es dieser Zeitschrift von Anfang an um nichts anderes.

Lässt sich dies in Zukunft ändern? Wie können wir der mangelnden theoretischen, wertorientierten und historischen Fundie-

rung der Tagespolitik entgegenwirken? Wie kann die Stärkung des Prinzips sozialer Demokratie wieder zum handlungsorientierten Leitbild werden? Tatsächlich braucht die SPD ein radikales Nachdenken darüber, warum sie bei Wahlen immer weniger Menschen erreicht und wie sie wieder mehr Vertrauen und Bindung herstellen kann. Dabei wird «Regierungsorientierung und Machtzentrierung» (Uwe Jun) eben nicht ausreichen. Es wird auch darauf ankommen, der mangelnden theoretischen, wertorientierten und historischen Fundierung der Tagespolitik entgegenzuwirken. Wie kann die Stärkung des Prinzips sozialer Demokratie wieder zum handlungsorientierten Leitbild werden? Dabei ist es auch wenig sinnvoll, den demokratischen Sozialismus der Linkspartei zu überlassen, denn tiefgreifende soziale und ökologische Reformen des Kapitalismus und der Kampf gegen eine Reichtumsexplosion, die die Demokratie bedroht, waren immer originär sozialdemokratische Themen.

Linkssein in Zeiten rechter Dominanz: Ganz in diesem Sinne formulierte der SPD-Parteivorstand weiterhin, «brauchen wir eine Programmatik, in der sich die SPD unter den Rahmenbedingungen eines globalisierten und entfesselten Kapitalismus angesichts der Hinwendung von Teilen der ökonomischen und politischen Eliten zu autoritären Denkmustern programmatisch neu ausrichtet». Aus der SPD-Grundsatzkommission erreichen uns Sätze wie: «Wenn kleinteilige, rein transaktionale Politik zunehmend in eine Sackgasse führt, dann liegt der Gegenentwurf in einem transformativen politischen Ansatz, der integrierend wirkt, auf das Gemeinwohl aus ist und die gesamte Gesellschaft voranbringt. Die einzelnen Politikinhalt müssen sich konsequent an einer übergeordneten Vision

orientieren und glaubhaft vermitteln, dass sie Schritte in die angestrebte Richtung darstellen.» Was hier «transformative übergeordnete Vision» genannt wird, könnte das Leitbild des demokratischen Sozialismus und die Programmatik der Sozialen Demokratie sein, die es weiterzuentwickeln gilt? Und die mit konkreten, eben einordbaren, Erfahrungen praktischer Politik in die reformpolitisch «richtige Richtung» zu verbinden sind. Um das Vertrauen wiederzugewinnen, dass die Gesellschaft durch sozialdemokratisches Handeln tatsächlich schrittweise etwas freier, gerechter und solidarischer werden kann. Eine Wertorientierung, die übrigens das führende Personal der Politik auch selbst glaubhaft verkörpern muss.

An dieser Stelle sei besonders auf den Beitrag von Prof. Peter Brandt hingewiesen, der die Vorgeschichte des Nationalsozialismus detailliert nachzeichnet. Damit liefert er eine Grundlage für die viel diskutierte Frage, was aus dieser historischen Niederlage des damaligen Linksseins in Zeiten rechter Dominanz zu lernen ist. Sowie auf den Aufsatz von Prof. Peter Steinbach, der aus Anlass des 200. Geburtstages von Ferdinand Lassalle (1825–1864) dessen für die Sozialdemokratie grundlegendes demokratisches Rechts- und Verfassungsdenken rekonstruiert. Für das Selbstverständnis der SPD spielte Lassalle eine große, allerdings oft unterschätzte Rolle. In der Arbeiterklasse jedenfalls wurde eher Alfred Schirkauers 1912 erschienener eingängiger geschichtlicher Roman Lasalle: Ein Leben für Liebe und Freiheit gelesen als Das Kapital von Karl Marx.

Einige Beiträge dieser perspektivends basieren auf der Frühjahrstagung der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus (HDS e.V.), die wir, unterstützt von der

Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern, am 4.–6. April 2025 einmal mehr in Rostock unter dem Motto: «Noch eine Chance für soziale Demokratie? Perspektiven linker Politik in Zeiten rechter Offensive» durchführen konnten.

Wir würdigen in dieser Ausgabe Horst Heimann, der Mitte Januar kurz vor seinem 92. Geburtstag verstarb. Horst hat die HDS von Beginn an 50 Jahre lang wie kein anderer mitgestaltet und war noch in den letzten Jahren aktives Vorstandsmitglied und Autor der *perspektivends*. Es ist wesentlich sein Verdienst, dass der postmarxistische Revisionismus und Reformsozialismus eines Eduard Bernstein der Vergessenheit entris-

sen wurde. Des Weiteren würdigen wir Tilman Fichter, der Anfang März mit 87 Jahren verstarb. Er war der Alt-68er in der SPD, schrieb über die Geschichte des SDS, in dem er in Berlin eine führende Rolle spielte, das entscheidende Standardwerk. Bis zuletzt diskutierte er, große historische Bögen ziehend, auf Veranstaltungen der HDS.

Wie immer bitten wir besonders die jungen Perspektiven zu beachten, betreut von Lina-Marie Eilers, Hendrik Küpper, Laura Clarissa Loew, Carl Julius Reim, Lukas Thum und mit fulminanten Beiträgen gerade in diesen Zeiten, in denen in der Politik so viel vom Generationswechsel die Rede ist.

Kira Ludwig / Klaus-Jürgen Scherer